

# Kommentar

## Hindustan, Azadi, Jharkand oder Indiens Nordosten Die Union vor dem Zerfall?

von Bernd Basting

**"Die Nicht-Hindus in Hindustan müssen die Hindu-Kultur und -Sprache annehmen... sie dürfen in diesem Land nur bleiben, wenn sie sich völlig der Hindu-Nation unterordnen; sonst haben sie nicht einmal Anspruch auf Bürgerrechte."**

Dies ist das Credo des militanten Hinduismus in Indien. Es entstammt der Feder M.S. Golwalkars und seinem 1940 erschienenen Buch "We or Our Nationhood Defined", das noch heute als die "Bibel" der Hindu-Fundamentalisten gilt, die "Hindutva", die Herrschaft der Hindus und die Ächtung der Moslems anstreben.

Der Hindu-Moslem-Konflikt, der in dem Sturm der Babri-Moschee im nordindischen Ayodhya durch fanatische Hindus am 6. Dezember 1992 eskalierte und bereits Tausenden das Leben kostete, ist eine Dimension der aktuellen Krisenrealität des riesigen südasiatischen Landes.

Andere sind: der Antagonismus zwischen Kastenangehörigen und Kastenlosen (siehe dazu die Beiträge in dieser Ausgabe) und die ethnisch, religiös und sozio-ökonomisch motivierten Regionalkonflikte u.a. in Punjab, Kaschmir und in Indiens Nordosten (siehe den Beitrag von Theo Ebberts).

Der Punjab wurde 1966 - zum zweiten Mal - geteilt: in einen Hindu-dominierten Teil Haryana und einen Teil, in dem überwiegend Anhänger der Sikh-Religion leben.

Die Separierung des fruchtbaren "Fünfstromlandes", der Kornkammer Indiens, entfachte einen bis heute ungelösten Streit um Gebietsansprüche, Wassernutzungsrechte und die gemeinsame Hauptstadt Chandigarh, der vorrangig zwischen der Zentralregierung und den Vertretern der Sikh-Gemeinschaft ausgetragen wird. Nach der von Indira Gandhi angeordneten Erstürmung des Goldenen Tempels von Amritsar - dem Mekka der Sikhs -, geschieht dies mit schonungsloser Unerbittlichkeit und Brutalität. Die schreckliche Bilanz seitdem: 30 000 Tote.

Den vormalis rein geographisch-geopolitischen und agrar-ökonomischen Inhalten des Konflikts gesellten sich mit der Zeit seitens der Sikhs religiös-fundamentalistische und seze-sionistische, seitens Dehli's machtpolitische Aspekte hinzu.

Der Punjab-Konflikt kulminiert heute in der Sikh-Forderung nach einem unabhängigen Staat "Khalistan".

Der Bürgerkrieg in Kaschmir hat seine Wurzeln ebenfalls in Ereignissen, die Jahrzehnte zurückliegen: Als 1947 pakistansische Bergvölker, die Pathanen, in das Kaschmir-Tal einfielen, um die Region für Pakistan zu erobern, erbat der über eine moslemische Mehrheit herrschende hinduistische Maharadscha die Hilfe indischer Truppen. Der nordöstliche Teil des Berglandes ging bei den Kämpfen verloren und ist seither faktisch pakistanisches Staatsgebiet; der westliche Teil konnte mit Hilfe der indischen Armee gesichert werden und trat daraufhin der Indischen Union bei, indes ohne daß ein früher von Nehru versprochenes und von den Vereinten Nationen gefordertes Plebiszit abgehalten worden wäre.

Die von der Kongreß-Partei bestimmte indische Zentral-

macht erstickte fortan alle Versuche der Kaschmiris, eine auf der islamischen Kultur fußende eigene kaschmirische Identität aufzubauen, im Keim und unterminierte mit Waffengewalt jedwede politische Autonomiebestrebungen.

Der Sturz des muslimischen Ministerpräsidenten Kaschmirs, Farooq Abdullah, (1984) und die Übernahme der politischen Geschäfte durch die Kongreß-Partei markierte den Scheidepunkt in den Beziehungen Srinagar-Delhi. Die Opposition radikalisierte sich sowohl in Richtung eines islamisch-'fundamentalistisch' begründeten bewaffneten Widerstandes, der den Anschluß Kaschmirs an Pakistan wünscht (so die Organisation 'Hizbul Muhjahideen'), als auch mit dem Ziel einer Unabhängigkeit von bzw. einer weitgehenden Autonomie innerhalb der Indischen Union (die 'Jammu and Kashmir Liberation Front'). Der Krieg forderte bis Ende 1993 20.000 Opfer.

Vieldimensional stellt sich der Konflikt im nordostindischen Assam dar: Hier kämpft die 'United Liberation Front of Assam' (ULFA) gegen die ökonomische Plünderung ihrer Region. In Assam finden sich 60 Prozent des indischen Tees, 10 Prozent des Erdöls und immerhin 15 Prozent der rar gewordenen Waldreserven des Subkontinents. All diese Naturressourcen werden von der indischen Zentralmacht hemmungslos und zum ausschließlichen Nutzen des nordindischen Kernlandes ausgebeutet.

Dazu kommt ein Zurückdrängen der Assamesen und der Angehörigen indigener Ethnien im eigenen Land, ihrer tibeto-birmanisch - ein Spezifikum in Indien - geprägten Kultur und Lebensart durch zugewanderte Bevölkerungsgruppen aus anderen Regionen. Das begann schon zu Zeiten "Britisch Indiens", als die Kolonialherrscher Arbeiter aus Bihar und Orissa für die Bestellung ihrer riesigen Teeplantagen anwarben. Ihnen folgten bis heute Millionen bäuerlicher Siedler aus West-Bengalen und Armutsflüchtlinge aus Bangladesch.

Die gebildeten Assami müssen mit den Bengalen um die wenigen Stellen in Bürokratie, Erziehungswesen und Gesundheitsdienst konkurrieren, die assamesischen bzw. indigenen Bauern sehen sich häufig zu landlosen Arbeitern und Tagelöhnern degradiert, da sich Bengalen einen beachtlichen Teil des fruchtbaren Ackerlandes in der Brahmaputra-Ebene angeeignet haben. Inzwischen leben in Assam doppelt so viele Bengalen wie Assamesen.

Ein explosives Gemisch aus Überfremdungsängsten, Ausbeuteeinstellung, kultureller und sozialer Diskriminierung durch bengalische Bevölkerung und durch Delhi mündete in der Nordostregion Indiens während der ersten Hälfte der achtziger Jahre in schrecklichen Terror und Bürgerkrieg.

Die Reihe der inner-indischen Krisenregionen ließe sich fortsetzen mit Nagaland, Manipur, Mizoram, Tamil Nadu - alles Orte einer Interessenskollision zwischen ethnischen Minderheiten und Zentralregierung.

Die Indische Union als föderaler, säkularer Staat ist zu tiefst in ihrer Existenz bedroht. Die skizzierten konfliktieren-

den Potentiale bedrängen synergetisch als destruktive Zentrifugalkräfte den inneren Zusammenhalt des indischen Nationalstaates. Ein Teufel namens "Kommunalismus" (von "community" = Gemeinschaft) geht um, bei dem die jeweils eine Gruppe ihre weltlichen und religiösen Interessen gegenüber der jeweils anderen Gruppe rücksichtslos durchzusetzen versucht.

Das Gewaltniveau, mit dem das geschieht, hat sich deutlich erhöht in den letzten Jahren, die Kultur des Zusammenlebens hat sich brutalisiert. Das Land scheint unregierbar geworden zu sein. Droht Indien vielleicht das gleiche Schicksal wie anderen multikulturellen Staaten, der Sowjetunion oder Jugoslawien: der staatliche Zerfall?

Die Ursachen und Folgen dieser Entwicklung können im folgenden nur angedeutet werden. Die Geschichte des Nationalstaates ist jung in Indien. Die große Mehrzahl der Inder fühlt sich weniger als Bürger des Staates, denn als Mitglied einer Kaste, Religionsgemeinschaft, Sprachgruppe oder eines Stammes. In einem Zustand allgemeiner sozialer und politischer Unsicherheit bietet nur die eigene Bevölkerungsgruppe Schutz und Solidarität. Unter der Folie eines religiösen 'Fundamentalismus' verbergen sich oft gesellschaftliche Verteilungskämpfe, werden Antriebsfaktoren sozialer bzw. sozio-ökonomischer Art evident. Da geht es um Wasser- und Landnutzungsrechte, um Besetzung von Posten in Wirtschaft und Verwaltung, um Zugang zu Dorfbrunnen, Bildung und Einkommen.

Die Rufe nach einem "Khalistan" (unabhängiger Punjab), "Azadi" (unabhängiges Kaschmir), "Jharkand" (unabhängiger Adivasi-Staat), "Assam den Assamesen" oder nach "Hindutva" (die Herrschaft der Hindus) kennzeichnen eine fortschreitende Erosion der staatlichen Einheit und der Integrationsfähigkeit der zentralen politischen Führung.

Die Machtbalance zwischen Zentrale und Region ist gravierend gestört. Da wo Umsicht, Toleranz, Konzessionsbereitschaft und Deeskalation geboten wären, reagiert die Zentralmacht nur noch mit Repression: "Die Regentschaft Delhis basiert im gesamten Nordosten und Nordwesten des Subkontinents heute überwiegend auf der Macht der Gewehre." (siehe Frank Braßel: *Gandhis Erben. Indien in der Krise*, Bonn 1994).

Die Instrumente Delhis zur Strangulierung der Autonomie der Unionsstaaten heißen: "President's Rule", eine Art Notstandsgesetz, das der Zentralregierung "bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung" erlaubt, eine Landesregierung abzusetzen - ein bereits von Indira Gandhi häufig praktiziertes Mittel, sich mißliebiger, von Oppositionsparteien geführter Regionalregierungen zu entledigen; "Terrorist and Disruptive (Prevention) Act" (TADA), ein Anti-Terroristen-Gesetz, welches im Mai '85 aufgrund von Bombenanschlägen in Delhi und dem Punjab erlassen worden war und dessen Anwendung inzwischen auf 22 der 25 Bundesstaaten ausgedehnt worden ist.

Was "terroristische Aktivitäten" sind, definiert der Erlaß so allgemein, daß damit sowohl der Besitz und Einsatz von Bomben gemeint sein können wie auch nur der Aufruf zu einem Streik oder überhaupt Kritik am Staat oder der Kongreß-Partei.

"TADA" gestattet die Inhaftierung Beschuldigter ohne ordentliches Gerichtsverfahren. Nach offiziellen Angaben wurden zwischen 1986 und 1994 53.000 Menschen als mutmaßliche Terroristen verhaftet, die tatsächliche Anzahl liegt wohl weit darüber. Die Menschenrechtsorganisationen 'Asia Watch' und 'amnesty international' berichten von zahllosen Verschwundenen, Gefolterten und Exekutierten. Die Gewaltexzesse durch Angehörige der indischen Polizei, des Militärs und der berüchtigten Grenzsicherheitskräfte ('Border Security Force', BSF) nehmen dokumentierbar in einer Weise zu, daß sie von offizieller indischer Seite nicht mehr als unmenschli-

che Unrechtstaten Einzelner charakterisiert werden können. Die "größte Demokratie der Welt" ist auf dem Weg, alle von der britischen Kolonialmacht übernommenen Prinzipien demokratischer Rechtsstaatlichkeit und alle von Gandhi propagierten Grundsätze der Humanität aufzugeben und zu einem diktatorischen Polizeistaat zu mutieren.

Was geschieht, wenn die Indische Union zerfällt? Würden den heute 870 Millionen, bald eine Milliarde Indern allgemein dadurch eher Vorteile oder eher Nachteile erwachsen? Das Szenario einer Balkanisierung des südasiatischen Subkontinents verliert, von außen betrachtet, etwas seinen Schrecken, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es Indien in seiner heutigen geographischen Form als Nationalstaat vorher niemals gegeben hat. Vor Ankunft der britischen Ostindien-Kompanie und der darauf folgenden ökonomischen und dann auch politischen Kolonisierung, regierten diverse Hindu-, seit dem 16. Jahrhundert Moslem-Dynastien einen Großteil der Region, was eine relative kulturelle Vereinheitlichung bewirkte. In der Rückbesinnung auf ursprüngliche kulturelle Wurzeln, hat jedoch die drawidische Kultur des Südens wenig gemein mit der arischen Nordzentralindiens bzw. der tibeto-birmanischen des Nordostens, was sich heute nicht nur an den unterschiedlichen Sprachen zeigt. Ähnliches gilt - trotz seiner partiellen Vermischung in der Architektur und bildenden Kunst - für das moslemische und das hinduistische Kulturerbe des Landes.

Eine Fragmentierung und Regionalisierung des Unionsstaates Indien würde eine kulturelle und religiöse Identitätsfindung der Regionen, Ethnien und Stämme sicherlich erleichtern, die politische, kulturelle und wirtschaftliche Dominanz des hinduistischen Kernlandes beenden bzw. minimieren, allerdings auch die Gefahr zunehmender Fundamentalismen und Abgrenzungen in sich bergen. Ökonomisch würde eine staatliche Souveränität den heutigen Unionsstaaten sowohl Vor- als auch Nachteile bringen. Einerseits reduzierte sie die wirtschaftliche Ausbeutung durch Zentralindien und Delhi; die in der jeweiligen Region vorhandenen Ressourcen könnten dann ausschließlich zu deren eigenen Nutzen verwendet werden und nicht, wie vorher, um die Wohlfahrt der Zentralregion zu mehren. Andererseits erschwerte sie jedoch auch die ökonomische Kooperation. Eine Region wie der Punjab beispielsweise fände sich plötzlich als ein "Land Locked Country" (LLC) wieder, abgeschlossen von der Gütertransport- und Hafeninfrastruktur Zentral- und Südwestindiens (Bombays), was seine Absatzbedingungen im Hinterland und seine Exportmöglichkeiten spürbar verschlechterte.

Die Konsequenzen einer Zersplitterung des indischen Nationalstaates sind somit sehr differenziert zu betrachten; sie konnten indes hier nur angedeutet werden.

Doch das beschriebene Szenario muß nicht, karmahaft, zur Wirklichkeit werden. Vielleicht hat die Indische Union noch eine Zukunft. Vielleicht können die Erosionsprozesse der staatlichen Einheit noch aufgehalten, die zerstörerischen Prozesse der Desintegration in ihrer Dynamik noch umgekehrt werden.

Voraussetzungen dazu wären freilich: Eine gesamtgesellschaftliche Konsensfindung über die demokratischen, föderalen und säkularen Verfassungsprinzipien des modernen indischen Staates, eine allmähliche Beseitigung der tiefen sozialen Kluft zwischen Arm und Reich, eine Reform des archaischen, ungerechten und inhumanen Kastensystems, eine größere Toleranz gegenüber Angehörigen anderer religiöser, ethnischer und sozialer Gruppen und eine Eindämmung des Hindu-Fundamentalismus; von Seiten Delhis zudem: die Gewährung größerer politischer und kultureller Autonomie für die Unionsstaaten und einen Stop der Plünderung ihrer Naturressourcen; die Entwicklung von Konfliktvermeidungs- und Deeskalationsstrategien, die Disziplinierung der Polizei und die Abschaffung diktatorischer Notstandsverordnungen.